

<b>Staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz</b>		<b>Sitzungsprotokoll L-16</b>
		<b>Herr Malte Hinrichsen</b>
<b>19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft</b>		<b>2015 - 2019</b>
<b>Sitzungstag:</b>	<b>Sitzungsbeginn:</b>	<b>Sitzungsende:</b>
12.01.2017	15.00 Uhr	15:47 Uhr
<b>Teilnehmer / innen:</b> <b>siehe anl. Anwesenheitsliste</b>		
<b>Vorsitz:</b> <b>Herr Dr. Dr. Buhlert</b>		

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die staatliche Deputation begrüßt den neuen Leiter des Bremer Gesundheitsamtes Herrn Dr. Duve.

## **TOP 1**

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 07.12.2016	wird nachversandt
TOP 3	Entwurf einer Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an schulzahnärztlichen Untersuchungen	L-63-19
TOP 4	Stiftung Anerkennung und Hilfe (Federführung SJFIS)	L-64-19
TOP 5	Berichtsbitte SPD Augenärztliche Notfallversorgung in Bremerhaven	L-66-19
TOP 6	Berichtsbitte FDP Beschlüsse der Fachministerkonferenzen - ASMK	L-67-19 wird nachversandt
TOP 7	Berichtsbitte FDP „Bericht zum Versandverbot bei Apotheken“	mündlicher Bericht
TOP 8	Bericht zum Pflegeberufereformgesetz	mündlicher Bericht
TOP 9	Verschiedenes	

### **TOP 1 | Genehmigung der Tagesordnung**

#### **Beschluss**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.

### **TOP 2 | Protokoll der Sitzung vom 07.12.2016**

#### **Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Protokoll vom 07.12.2016 zu.

<b>TOP 3</b>	<b>Entwurf einer Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an schulzahnärztlichen Untersuchungen (Vorlage L-63-19)</b>
--------------	---

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück erläutert die Vorlage.

Herr Hartmut Bodeit (CDU) fragt nach, ob der Widerspruch der Eltern schriftlich oder mündlich erfolgen muss.

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück schlägt vor, dass die offene Formulierung der Form des Widerspruchs beibehalten wird.

Die Deputation schließt sich dieser Auffassung an.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt dem Entwurf einer Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an schulzahnärztlichen Untersuchungen zu.

<b>TOP 4</b>	<b>Stiftung Anerkennung und Hilfe (Federführung SJFIS) (Vorlage L-64-19)</b>
--------------	--

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück erläutert die Vorlage.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) unterstreicht, dass die Einrichtung zwar keine „Entschädigung“ für die Opfer sei, dass aber wenigstens nun ein Fonds für die finanzielle Unterstützung eingerichtet worden sei.

Herr Erlanson (Die Linke) begrüßt ebenfalls die Entscheidung. Herr Erlanson wundert sich, dass die Einrichtung eines Büros laut Vorlage keine finanziellen und personellen Auswirkungen haben wird.

Staatsrat Kück erläutert, dass die Berichterstattung des Senats zu diesem Thema keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen hat.

Herr Dr. Dr. Buhlert begrüßt ebenfalls die Entscheidung.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Senatsvorlage vom 29.11.2016 zur Stiftung Anerkennung und Hilfe und der damit verbundenen Aufgabenstellung für das Land Bremen zur Kenntnis.

<b>TOP 5</b>	<b>Berichtsbitte SPD Augenärztliche Notfallversorgung in Bremerhaven (Vorlage L-66-19)</b>
--------------	--

Herr Welt (SPD) bedankt sich für die umfangreiche Beantwortung der Berichtsbitte durch die Behörde und kündigt weitere schriftliche Nachfragen an, die mit der Kassenärztlichen Vereinigung besprochen werden sollten.

Herr Ravens (SPD) erläutert die Problematik bzgl. der Situation der augenärztlichen Notfallversorgung in Bremerhaven. Die Kassenärztliche Vereinigung würde sich dem Gespräch verweigern.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) betont, dass die Kassenärztliche Vereinigung in diesem Bereich ihrem Sicherstellungsauftrag für die ambulante Versorgung nachkommen müsse.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt sagt, es sei geplant die Situation mit der Kassenärztlichen Vereinigung zu besprechen. Die Ergebnisse würden dann der Deputation berichtet.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den Bericht der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 14.12.2016 zur augenärztlichen Notfallversorgung in Bremerhaven zur Kenntnis.

**TOP 6 | Berichtsbitte FDP Beschlüsse der Fachministerkonferenzen – ASMK  
(Vorlage L-67-19)**

Herr Dr. Dr. Buhlert dankt für die Vorlage.

**Beschluss:**

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt die Auszüge der Beschlüsse der 12. Verbraucherschutzministerkonferenz am 22. April 2016 zur Kenntnis.

Das Ergebnisprotokoll ist auch auf der Website der ASMK unter dem folgenden Link abrufbar:  
<https://asmkintern.rlp.de/de/beschluesse/>

**TOP 7 | Berichtsbitte FDP „Bericht zum Versandverbot bei Apotheken“  
(mündlicher Bericht)**

Staatsrat Gerd-Rüdiger Kück erläutert, dass der EU-Gerichtshof am 19. Oktober 2016 entschieden hatte, dass die im Arzneimittelgesetz (AMG § 78, Absatz 1, Satz 4 in Verbindung mit der Arzneimittelpreisverordnung) für Versandapothenen festgelegte Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel gegen Unionsrecht im Sinne einer Beschränkung des freien Warenverkehrs verstößt. Mit der Aufhebung des Passus sollte die vermeintliche Bevorteilung deutscher gegenüber ausländischer Versandapotheken korrigiert und ein Preiswettbewerb in diesem Sektor ermöglicht werden. Im Rahmen der Diskussion des Bundesrats über das Urteil habe sich Bremen entschieden, die Bundesregierung zu bitten „die mit diesem Urteil verbundenen Fragen – auch ein Verbot des Verhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln – umfassend zu prüfen und geeignete Lösungen vorzuschlagen, die verfassungs- und europarechtlich zulässig sind und die Interessen der Patientinnen und Patienten an einer flächendeckenden, zeitnahen Arzneimittelversorgung ebenso berücksichtigen wie die Wirtschaftlichkeit der Versorgung.“ Derzeit arbeite die Bundesregierung an einem Referentenentwurf mit dem Titel „Entwurf eines Gesetzes zum Verbot des Verhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimittel“.

Herr Dr. Dr. Buhlert dankt für den Bericht und betont die Wichtigkeit des Aspekts der flächendeckenden Versorgung – gerade für Flächenländer.

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**TOP 8****Bericht zur Entschließung Pflegeberufereformgesetz  
(mündlicher Bericht)**

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt betont, dass sie sich für das Pflegeberufereformgesetz einsetzt – die Bremer Modellprojekte liefen überaus erfolgreich. Im Dezember habe Bremen – mit der Unterstützung Hamburgs und Niedersachsens – einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der die Bundesregierung auffordert das Gesetzgebungsverfahren zum Pflegeberufereformgesetz zügig voranzutreiben. Mit dem Entwurf des Pflegeberufsgesetzes werde endlich eine seit 2003 vorbereitete Reform der Pflegeberufe umgesetzt: die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung, in der die drei Ausbildungen in der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege und Gesundheit- und Kinderkrankenpflege zu einem einheitlichen Berufsbild zusammengeführt werde. Die Sicherung der Fachkräftebasis in der Pflege sei eine der gesellschaftspolitisch zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Gute Pflege könne ohne eine ausreichende Zahl qualifizierter und motivierter Pflegefachkräfte nicht gewährleistet werden. Veränderte Versorgungsstrukturen und Pflegebedarfe in der Akut- und Langzeitpflege veränderten auch die Anforderungen an die pflegerische Versorgung und an das Pflegepersonal. Während in den Pflegeeinrichtungen immer mehr komplexe-pflegerische Tätigkeiten erbracht werden müssten, stiege in den medizinischen Versorgungseinrichtungen, also im Krankenhaus, der Anteil pflegebedürftiger, beispielsweise demenzkranker Menschen. Eine Reform der Pflegeberufe sei deshalb dringend notwendig. Der Entschließungsantrag werde am 25.1.2017 im Gesundheitsausschuss diskutiert.

Herr Bensch (CDU) erläutert, dass er entgegen der Haltung seiner Partei in einigen Bundesländern ein Verfechter der generalistischen Ausbildung sei.

Herr Erlanson (Die Linke) wendet ein, dass es auch die Meinung gebe, dass die Spezialisierung in den einzelnen Ausbildungsbereichen einer Generalisierung entgegenstehe.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass die Angleichung der Standards dringend notwendig sei – vor allem auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Aber eine fachliche Spezialisierung sei am Ende der Ausbildung notwendig – die Frage sei wann und wie diese geschehe.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) betont, dass jede Ausbildung regelmäßig kritisch angeschaut und überprüft werden müsse. Die Frage sei, ob allein diese Änderung den Fachkräftemangel ausgleichen könne.

Senatorin Professor Dr. Quante-Brandt stimmt Herrn Dr. Dr. Buhlert zu. Verweist aber darauf, dass es tariflich durch die Umstrukturierung zu attraktiveren Löhnen und Gehältern bei der Altenpflege komme werde.

Die staatliche Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**TOP 9****Verschiedenes**

Berichtsbitten der FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zur Krankenhaushygiene

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert den Sachverhalt. Unabhängig von der zweifelhaften Qualität der vom Plusminus Beitrag berichteten Daten und die fragwürdige Einordnungen durch die beteiligten Journalistinnen und Journalisten begrüße sie, dass über das überaus wichtige Thema Krankenhaushygiene diskutiert werde. Bremen habe nach dem Keimvorfall seine Aufgaben gemacht. Das Ressort werde der Deputation einen Bericht zu den erhobenen Vorwürfen und über die

überaus gute Arbeit im Bereich Krankenhaushygiene im Land Bremen zur Verfügung stellen. So sei Bremen beispielsweise das erste Bundesland gewesen, dass eine Hygiene und Infektionsschutzverordnung erlassen habe. Dennoch müsse man bestehende Anreizsysteme gerade in diesem überaus wichtigen Bereich immer wieder kritisch überprüfen. Zwar würde an allen Bremer Krankenhäusern über die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen hinaus Hygienefachpersonal arbeiten, allerdings sei auch richtig, dass es bundesweit einen Mangel an Hygienefachkräften gebe.

Herr Zimmer (Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e.V.) schließt sich den Aussagen der Senatorin an. Herr Zimmer betont die gute Arbeit der Krankenhäuser in diesem Bereich. Daher sei die von der Senatorin geplante Erhöhung der gesetzlichen Personalvorgaben ab 2019 für die Krankenhäuser zu leisten.

Frau Grotheer (SPD) stimmt der Senatorin und Herrn Zimmer zu. Die Lage in diesem Bereich im Land Bremen sei gut – Frau Grotheer verweist auf die falsche Darstellung der Daten beispielsweise auf verschiedenen journalistischen Websites. Allerdings betont Frau Grotheer, dass niemand einen Keimvorfall für die Zukunft ausschließen könne, dies sei schlicht unmöglich.

Frau Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert ebenfalls die Qualität der Daten und die angelegten Kriterien des Berichts von Plusminus. Entscheidend sei ohnehin, dass insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer täglichen Arbeit Zeit für Hygienevorsorge hätten.

Herr Bensch (CDU) verweist auf die Große Anfrage der CDU und die Frage in der Fragestunde der SPD zu dem Thema und unterstreicht, dass es wichtig sei, dass man die gute Arbeit, die in diesem Bereich im Land Bremen geleistet wird, auch offensiv vertritt. Gleichzeitig müsse das Thema weiter verfolgt werden.

Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) schließt sich den Aussagen von Herrn Bensch an.

Herr Erlanson (Die Linke) kritisiert das Niveau der journalistischen Recherchen und gibt der Senatorin recht, dass Fragen der Hygiene umfassend und regelmäßig diskutiert werden müssen.

Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt kündigt einen richtigstellenden Bericht zum Thema Krankenhaushygiene im Land Bremen an.

---

Vorsitzender

---

Protokollführer